

Bund soll auf Sondermülldeponie forschen

Kreis Nienburg dringt auf Giftmüll-Untersuchung / Neues Verfahren wird erprobt

js. Rehburg

31.3.85 WAZ

Bundesweite Bedeutung für das Problemgebiet Abfallwirtschaft könnte die Sondermülldeponie Müncheshagen im Eck zwischen den beiden Landkreisen Nienburg und Schaumburg und dem Land Nordrhein-Westfalen bekommen. Der Landkreis Nienburg hat jetzt beim Umweltbundesamt die Durchführung eines mehrjährigen Forschungsprogramms beantragt, nachdem das Land Niedersachsen die Millionen Mark teure Sanierung der Anfang der 70er Jahre geschaffenen Lagerstätten vor sich herschiebt und ein Gutachten auf eine weitere Gefährdung der Umwelt aufmerksam macht.

Unabhängig davon erprobt in Müncheshagen gegenwärtig das Frankfurter Battelle-Institut ein neues Gerätesystem, mit dem künftig alte, unbekannte oder illegale Deponien schnell aufgespürt und vermessen werden könnten.

Der Antrag, die in den Jahren 1970 bis 1974 von der Firma Börstinghaus und Stenzel betriebene alte Deponie zum Forschungsprojekt mit bundesweiter Bedeutung zu erheben, wurde erst in den vergangenen Tagen in Absprache mit der Bezirksregierung Hannover an das Umweltbundesamt verschickt. Die veranschlagte Forschungssumme wird mit acht Millionen Mark angegeben. Wie ein Vertreter der Bezirksregierung erklärte, sollen unter Koordination der verschiedenen Behörden Arbeitsmethoden entwickelt werden, die unter anderem zu schnelleren Analysen der gefundenen Substanzen führen, die an der Giftmüllsuche beteiligten Leute schützen und auch dafür Sorge tragen, daß es in der Umgebung „nicht stinkt“.

Fällt die für April erwartete Entscheidung des Bundes positiv aus, soll möglichst noch in diesem Jahr mit der „Untersuchung von Sanierungsmöglichkeiten kontaminierter Standorte...“ in Müncheshagen auf der

alten Deponie begonnen werden. 1986 soll das Projekt dann abgeschlossen sein.

Auf den Gedanken, den Bund mit in die Verantwortung zu nehmen, kam der mit der Sondermülldeponie gebeutelte Landkreis Nienburg, nachdem das Land Niedersachsen die Millionen Mark verschlingende Sanierung des nahe Nordrhein-Westfalen liegenden Geländes immer weiter vor sich herschob, die Ende der 70er Jahre eingeleiteten „Sofortmaßnahmen in Form eines mit hohem Aufwand erstellten Ringgrabens aus undurchlässigem Ton offensichtlich auch nicht reichten und nunmehr noch die Universität Göttingen ein alarmierendes Gutachten vorlegte: Die Wissenschaftler, die den Schaden im angrenzenden Wald zu untersuchen hatten, kommen darin zu dem Schluß, wie einer Verlautbarung des Landkreises Nienburg zu entnehmen ist, „daß von der Altdeponie Müncheshagen während ihrer Betriebszeit Gefahren ausgegangen sind und eine Gefährdung auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden kann“.

Sorge bereiten allgemein weniger die am Ringgraben zu beobachtenden Ausgasungen von Säureharzen, auch wenn dies der Nienburger Kreistag im Oktober vergangenen Jahres zum Anlaß nahm, in einer Resolution an das Land Niedersachsen die

endgültige und abschließende Sanierung zu fordern. Mit gemischten Gefühlen werden vor allem die dort verbuddelten Chemieabfälle unbekannter Zusammensetzung betrachtet – fast 5000 Tonnen in flüssiger bis schlammiger Form und noch einmal 285 Tonnen an Feststoffen.

An die 50 000 Tonnen Sondermüll beherbergt die Deponie, die im Jahr 1974 eingelagerten Substanzen nicht eingerechnet. Neben den unbekannten Chemieabfällen zählen dazu unter anderem fast 20 000 Tonnen Ölschlamm, 9574 Tonnen Galvanikschlamm und 1952 Tonnen Farbrückstände – alles in mehr oder weniger flüssiger Form.

Müssen die früheren Betreiber der Deponie, die Gesellschafter der Firma Börstinghaus und Stenzel, mittlerweile mit hohen Schadenersatzansprüchen in einem noch laufenden Verfahren rechnen, so regt sich auch zunehmend Widerstand gegen die jetzige Gesellschaft (GSM), die unter weitestrenge Auflagen Sondermüll in rund 20 Meter tiefen Poldern „beseitigt“. Die genehmigte Kapazität ist fast ausgeschöpft. Weitere Polder sollen hinzukommen. Aber in einem von der Stadt Rehburg-Loccum in Auftrag gegebenen Gutachten sollen dem Vernehmen nach erhebliche Bedenken gegen die Erweiterung erhoben worden sein. Befürchtet werden vor allem Beeinträchtigungen des Grundwassers.

Wie es in den ersten Metern unter der Oberfläche aussieht, das versucht in dieser Woche ein kleines Team des Frankfurter Battelle-Instituts zu ergründen. Es verwendet ein Gerät, das bisher nur in den USA eingesetzt wurde.

—Dun6